



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW

Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der AfD: 'Nacht der Solidarität' auch für Obdachlose in Nordrhein-Westfalen – niemand darf aus dem System fallen.

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 14.02.2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Antrag zeigt wieder einmal, wie Sie die Bühne des Parlaments missbrauchen, um hier Ihre Spielchen zu spielen. Da biedern Sie sich zunächst bei den Koalitionsfraktionen an, indem das Engagement des Landes gewürdigt wird und dann greifen Sie eine Aktion der linken Berliner Sozialsenatorin auf. Bei eigenen Ideen in der Sozialpolitik herrscht hingegen Fehlanzeige.

Für die NRW-Koalition von FDP und CDU ist der Kampf gegen Wohnungslosigkeit ein Schwerpunktthema unserer Sozialpolitik. Im letzten Haushaltsentwurf von Rot-Grün für 2017 waren noch eine Million Euro in diesem Bereich vorgesehen. Wir haben die Mittel in mehreren Schritten und gerade auch mit Hilfe von Haushaltsanträgen der Koalitionsfraktionen auf insgesamt 7,1 Millionen Euro in diesem Jahr erhöht. Wir haben so Mitte letzten Jahres die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ auf den Weg gebracht.

Dabei wollen wir die Umsetzung gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren von Kommunen, Jobcentern, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtspflege und Zivilgesellschaft erreichen. Für uns stehen präventive Angebote im Vordergrund, um Wohnungsverluste zum Beispiel bei Mietschulden zu vermeiden oder um Wohnraum speziell für wohnungslose Menschen zur Verfügung zu stellen. In den zwanzig besonders von Wohnungslosigkeit betroffenen Städten und Kreisen betreuen sogenannte „Kümmerer-Projekte“ mit mehr als fünfzig Sozialarbeitern und Immobilienkaufleuten wohnungslose Menschen. Das ist praktische Hilfe.

Der Antrag verkennt aber auch, dass Nordrhein-Westfalen in Fragen der Erhebung von Daten zur Wohnungslosigkeit bereits führend ist. Es gibt in NRW bereits seit 1965 eine jährliche Wohnungslosenstatistik. Mit der Erhebung für 2011 hat Nordrhein-Westfalen als bisher einziges Bundesland eine neu gestaltete integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung eingeführt.

Dabei werden neben den von den Kommunen ordnungsrechtlich untergebrachten Wohnungslosen auch Personen erfasst, die von den freien Trägern stationär oder ambulant betreut werden. Es handelt sich um eine Stichtagserhebung mit dem Stichtag 30. Juni. Die Rücklaufquote liegt bei über neunzig Prozent. Wir wissen also schon deutlich mehr über die Situation der Wohnungslosen als das in Berlin der Fall war.

Natürlich gibt es eine Gruppe, die wir bisher nicht erfasst haben: Das sind die Menschen, die auf der Straße leben und keine Hilfsangebote wahrnehmen. Diese Menschen wollen sich aber in der Regel nicht beeinflussen oder kontrollieren lassen. Sie lehnen nicht nur Hilfe ab, sondern jede Form der Erfassung und Registrierung. Deshalb hat es eben auch viel Kritik an der Berliner Aktion gegeben. Wir sollten also vielmehr überlegen, wie wir unsere Wohnungslosenstatistik im Hinblick auf diese Menschen auch ohne von den Betroffenen nicht gewollte Maßnahmen erweitern können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!